



Herrn
Thilo Hoppe, MdB
Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (AWZ)
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1

11011 Berlin

10. Juli 2006

Friedensprozess, Menschenrechtsverletzungen und Entwicklungsarbeit auf Sri Lanka

Sehr geehrter Herr Hoppe,

mit großer Sorge nehmen wir zu Kenntnis, dass bei den letzten Gewaltausbrüchen auf Sri Lanka sowohl die Sri Lankanischen Streitkräfte, die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) als auch andere paramilitärische Verbände unbewaffnete Zivilistinnen und Zivilisten angegriffen haben. Am 15. Juni fielen 64 Menschen, darunter 15 Kinder, einem Bombenanschlag auf einen Bus zum Opfer. Am 17. Juni griff die Sri Lankanische Kriegsmarine eine von Flüchtlingen überfüllte Kirche in Mannar an, tötete 5 Menschen und verletzte 44. Das Ausmaß der Gewalt drückt sich auch in dem Umstand aus, dass bereits 3000 Menschen nach Indien geflohen sind. Tausende weitere Vertriebene werden von der Sri Lankanischen Regierung in Übergangslagern in Mannar festgehalten. Von Dezember 2005 bis zur Mitte des Juni 2006 wurden mehr als 500 unschuldige Zivilist/innen getötet und viele tausend Menschen aus ihren Häusern im Norden und Osten vertrieben.

Vorhersehbarerweise ist es dabei zu einer ganzen Serie von Angriffen auf Frauen und Kinder gekommen. Kinder werden entführt, Frauen vergewaltigt und ermordet. Einige Frauen, die solche Misshandlungen überlebten und ihre Peiniger anzeigen konnten, wurden in der Folge wiederholt belästigt und schikaniert. Andere werden seither vermisst.

Unsere Partnerorganisationen sind sehr besorgt über die Zunahme der Gewalt in Sri Lanka. Ihre Entwicklungsarbeit ist dadurch teilweise betroffen und kann nur verlangsamt mit vielen Schwierigkeiten durchgeführt werden. Die Entscheidung der EU, die LTTE als terroristische Vereinigung einzustufen, lässt einige Partner befürchten, dass militante Gruppen gestärkt werden und ein erneutes Aufflammen des Krieges damit wahrscheinlicher wird. Sie haben dieses Thema in der Kleinen Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Juni 2006 dankenswerter Weise ja bereits aufgegriffen.

Konkret hat das srilankanische Frauennetzwerk Mannar Women for Human Rights and Democracy einen Aufruf verfasst, in dem es an die Kriegsparteien auf Sri Lanka, aber auch an die am Friedensprozess beteiligten Regierungen anderer Länder die folgenden Forderungen erhebt:

1. Einsetzung einer unabhängigen Kommission durch den Präsidenten von Sri Lanka zur Untersuchung und strafrechtlichen Verfolgung aller berichteten Fälle von Mord, Folter, Entführung und sexueller Gewalt.
2. Einrichtung eines Fonds durch die Internationale Gebergemeinschaft, der die Überlebenden von staatlich gedeckter sexueller Gewalt unterstützt und den Zugang der Opfer zur lokalen und nötigenfalls internationalen Gerichtsbarkeit fördert.
3. Während alle Angriffe auf Zivilisten – gleichgültig, ob tamilischer, singhalesischer oder muslimischer Herkunft – ausdrücklich verurteilt werden, werden die in den Konflikt involvierten Parteien in Sri Lanka dazu aufgerufen, unverzüglich alle Feindseligkeiten einzustellen und die Friedensgespräche wieder aufzunehmen, deren Ziel einer nachhaltigen politischen Lösung des Konflikts sein muss.
4. Schließlich wird die Regierung von Sri Lanka, die LTTE und die internationale Gemeinschaft dazu aufgerufen, die Beteiligung von Frauen an allen künftigen Friedensgesprächen sicherzustellen.

(Mehr Informationen zu diesem Aufruf erhalten Sie unter <http://www.petitiononline.com/mannarsl>)

Wir möchten Sie darum bitten, sich bei der Deutschen Bundesregierung dafür einzusetzen, Druck auf die srilankanische Regierung auszuüben, um die Menschenrechtsverletzungen gegen Zivilistinnen und Zivilisten im Norden und Osten des Landes aufzuklären, die Täter zur Verantwortung zu ziehen und die Friedensverhandlungen unter Einbeziehung von Frauen wieder aufzunehmen.

Die Einrichtung eines Fonds durch die Internationale Gebergemeinschaft erscheint sinnvoll, um den von Gewalt Betroffenen die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte auch auf internationaler Ebene einzufordern.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

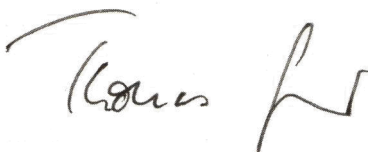
Mit freundlichen Grüßen,




Cornelia Füllkrug-Weitzel
Direktorin
Brot für die Welt



Dr. Martin Bröckelmann-Simon
Geschäftsführer
Misereor/KZE



Thomas Gebauer
Geschäftsführer
medico international



Dr. Monika Hauser
Geschäftsführerin
medica mondiale

zur Kenntnis an:

Heidemarie Wieczorek-Zeul
Bundesministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Günter Nooke
Beauftragter der BRD für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Bernd Borchardt
Leiter des Referats 308 (Südasien) im Auswärtigen Amt

Heike Dettmann
Vortragende Legationsrätin Referat 308 (Südasien) im Auswärtigen Amt

Wolfgang Kanera, Ministerialrat, Leiter des Referats 203 (Südasien) im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Mitglieder des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages

Die Mitglieder des Ausschusses für Auswärtiges des Deutschen Bundestages

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages